

Auszug
aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 1. Juli 1998

1135. Schriftliche Anfrage von Hans-Ulrich Meier über leerstehende städtische Liegenschaften, Vermietung, Am 8. April 1998 reichte Gemeinderat Hans-Ulrich Meier (FDP) folgende Schriftliche Anfrage GR Nr. 98/110 ein:

Im Zusammenhang mit eingeleiteten Sparmassnahmen werden vermehrt Räumlichkeiten, vorwiegend in städtischen Liegenschaften, frei. Beispielsweise das Friedensrichteramt im Kreis 6, die Räumlichkeiten der Gemeinwesenarbeit im Kreis 6, u. a. m.

Was unternimmt der Stadtrat, um solche Lokalitäten raschmöglichst zu vermieten?

Trifft es zu, dass solche Räumlichkeiten über Monate leer stehen, und somit der Stadt Zürich wesentliche Mietzinseinnahmen entgehen?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die unter anderem auch im Zusammenhang mit Sparmassnahmen freiwerdenden Räumlichkeiten in städtischen Liegenschaften werden frühzeitig vom Amt für Hochbauten, das für die Raumbewirtschaftung innerhalb der Stadtverwaltung verantwortlich zeichnet, erfasst. Vorab wird geprüft, ob in solchen Räumen anstehende Raumbegehren erfüllt werden können, in zweiter Priorität finden Abklärungen statt, ob Organisationseinheiten der Verwaltung, aus in fremd eingemieteten Objekten nicht sinnvollerweise in erwähnte freigewordene Räume zu dislozieren sind, um Mietausgaben zu senken. Erst nach Evaluation dieser Aspekte gelangt stadteigener Raum zur Vermietung an Dritte.

Bezüglich der rund 90 m² messenden Büroräumlichkeiten des ehemaligen Friedensrichteramtes Kreis 6, welche auf Ende Juni 1997 zur Wiederbelegung frei wurden, sind folgende Nutzungsbelegungen geprüft worden. Für die Jugendmusikschule als Probelokal-Provisorium sowie als Rochadenflächen, die im Zusammenhang mit Umbelegungsstudien an der Rotbuchstrasse 42 und bezüglich der Sozialberatung Kreis 6, je infolge Raummehrbedarf, erforderlich wurden.

Aus Gründen des Standortes, der Lage, der Kleinräumigkeit, benachbarter Wohneinheiten usw. zerschlugen sich diese Belegungsmöglichkeiten. In der Folge wurden die Räume zur Vermietung ausgeschrieben, diese jedoch wieder sistiert, da mittlerweile für die von der Gemeinde angenommene Vorlage zur Schaffung der Stelle einer bzw. eines Datenschutzbeauftragten entsprechender Büroraum bereitzustellen ist.

Mit dieser Zuweisung kann nunmehr auf eine Fremdmiete mit entsprechenden Ausbau-/Einrichtungskosten verzichtet werden. Die ehemaligen Büros des Friedensrichteramtes Kreis 6 eignen sich vorzüglich für die Organisationseinheit des/der Datenschutzbeauftragten.

Bezüglich des Raumes der Gemeinwesenarbeit Kreis 6 (GWA Kreis 6) hat der Stab Bedarfsplanung und Controlling des Sozialdepartements im Rahmen der Kontraktverhandlungen mit dem Amt für Soziokultur entschieden, die Gemeinwesenarbeitsstelle im Kreis 6 (Quartierhaus 6 – Langmauerstrasse) ab 1. Januar 1999 nicht weiterzuführen und die freiwerdenden Mittel im Sinne der Brennpunktorientierung in einem anderen Quartier einzusetzen. Das Amt

für Soziokultur hat in Zusammenarbeit mit dem Stab Bedarfsplanung und Controlling und dem Stab Politische Führung allen beteiligten Parteien die Möglichkeit angeboten, das Quartierhaus in eigener Regie zu führen. Die Organisationen prüfen nun die Bildung einer im Quartier abgestützten Trägerschaft. Die durch die GWA Kreis 6 belegten bzw. verwalteten Räume sind somit nicht frei, sondern werden durch die neue Trägerschaft benutzt und der Quartierbevölkerung zur Verfügung stehen. Die Förderung und Unterstützung selbstorganisierter Aktivitäten liegt ganz im Sinne der Zielsetzungen der Soziokultur.

Unter dem Aspekt der eingangs erwähnten Raumbewirtschaftung können durchaus Büroräumlichkeiten bisweilen während einiger Monate leerstehen. Während dieser Zeit finden jedoch stets intensive Evaluationen (Prüfung, Projektierung usw.) statt, damit möglichst auf Fremdmieten mit zusätzlichen Ausgaben verzichtet werden kann. Dadurch wird bereits kurzfristig wesentlich mehr eingespart, als dies durch eine sofortige, wenig überlegte Vergabe der Fall wäre.

Gelegentlich zeigt sich im nachhinein, dass man besser anders entschieden hätte oder früher ein gleich gutes Resultat hätte erreichen können.

Das Amt für Hochbauten hat aufgrund dieser Erfahrungen Verständnis für das Anliegen, wie es in der Schriftlichen Anfrage dargelegt ist, und hat das Ziel, allfällige Leerstände möglichst gering zu halten.

Vor dem Stadtrate
der Stadtschreiber
Martin Brunner